



Bremerhavens Stärken stärken – für eine Partnerschaft mit Bremen auf Augenhöhe

Der Landesparteitag hat am 26.06.2021 beschlossen:

Unser Land hat mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven eine lange hanseatische Tradition und Geschichte. Diese ist vor allem durch das gesellschaftliche und wirtschaftliche Engagement sowie den Mut der Bürgerinnen und Bürger geprägt, ihre Städte weiterzuentwickeln und lebenswerter zu machen. Das Land Bremen lässt sich nicht ohne seine beiden Städte denken und umgekehrt. Nicht immer ist das politische Verhältnis zwischen den beiden Schwesterstädten untereinander sowie zwischen der kommunalen und der Landesebene dabei frei von Spannungen. Dies liegt zum einen in der Natur der Sache begründet, etwa wenn es um die Aufteilung von finanziellen Ressourcen, die Wahrnehmung von Landesaufgaben in den beiden Kommunen oder um Zuständigkeitsfragen, z.B. aus dem historisch gewachsenen Konstrukt der stadtbremischen Überseehäfen, geht. Zum anderen spiegeln sich darin unterschiedliche Sicht- und Herangehensweisen bei der Lösung von Problemen wider.

Als CDU Bremen erheben wir für uns den Anspruch, Fürsprecher sowohl Bremer als auch Bremerhavener Interessen zu sein, sensibel und wertschätzend mit unterschiedlichen Interessen, Sichtweisen und Erfahrungen umzugehen und zu einer fairen Aufteilung von Nutzen und Lasten, Chancen und Risiken zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften zu gelangen. Beispielsweise begrüßen wir die vollständige Übernahme der kommunalen Schulden Bremens und Bremerhavens durch das Land im Zuge des seit 01.01.2020 bestehenden kommunalen Finanzausgleichs. Das Gesamtinteresse des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger steht dabei für uns an erster Stelle. Transparenz und Beteiligung, einheitliche und nachvollziehbare Maßstäbe sowie die Einhaltung von Absprachen sind für eine vertrauensvolle Partnerschaft auf Augenhöhe unverzichtbar. Auf diesem Feld weist der rot-grün-rote Senat auf Landesebene, ebenso wie der rot-grüne Vorgängersinat, massive Defizite auf, die in Bremerhaven verständlicherweise zu Unmut führen und bei denen wir als CDU Bremen mit Nachdruck auf Änderungen drängen:

- Dies zeigt sich an den seit Jahren unzureichenden Landeskrankenhausinvestitionen: Während der Senat der städtischen Gesundheit Nord (GeNo) eine Kapitalspritze nach der anderen verabreicht, um sie zu stabilisieren, lassen ein tragfähiges Medizin- und Standortkonzept, eine vorausschauende Personalplanung sowie ein stringentes Controlling weiter auf sich warten. Das kommunale Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide, das für den Neubau der Kinderklinik noch immer auf die Zuschüsse des Landes wartet und daher selbst in Vorleistung gehen muss, sowie die freigemeinnützigen und privaten Kliniken in Bremen und Bremerhaven haben demgegenüber das Nachsehen – ein Missstand, auf den die CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft immer wieder hinweist.

- Dies zeigt sich daran, dass in der Vergangenheit immer wieder Programme und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung (z.B. zur Förderung von Innenstadt- und Stadtteilinitiativen sowie zur Veranstaltungsförderung wie aktuell dem „Club100“), die alleine in der Stadt Bremen Wirkung entfalten, unzulässiger Weise aus Landesmitteln finanziert wurden bzw. werden. Auch wenn es sich hier in der Regel nicht um große Beträge handelt, gilt es dennoch, die Senatsressorts sowie die ihnen unterstehende Verwaltung noch stärker für klare Abgrenzungskriterien und eine korrekte Zuordnung von Haushaltsmitteln zu sensibilisieren. Hierauf achtet die CDU-Bürgerschaftsfraktion in den entsprechenden parlamentarischen Gremien genau und mit zunehmendem Erfolg.
- Dies zeigt sich daran, dass sich das Land nicht an getroffene Absprachen und Zusicherungen hält: So hat die rot-grün-rote Regierungskoalition auf Landesebene nach ihrem Amtsantritt den Großteil der in den Sondervermögen Hafen und Fischereihafen für den Bau des Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) gebildeten Rücklagen in den allgemeinen Haushalt überführt und zur Finanzierung längst beschlossener Hafenbauprojekte (Neubau Columbuskaje, Kaje 66 und Nordmole) verwendet, anstatt damit *zusätzliche* Hafen-, Wirtschafts- bzw. Klimaprojekte in Bremerhaven anzustoßen. Auch die Übernahme der Personalkosten für die zugesagten 520 Beamtinnen und Beamten bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, einschließlich der dafür notwendigen Ausbildungskapazitäten, durch das Land lässt weiter auf sich warten.
- Dies zeigt sich daran, dass sich die Regierungskoalition auf Landesebene einer ergebnisoffenen Diskussion über eine mögliche Neuordnung der komplizierten Hoheits-, Eigentums-, Finanzierungs- und Verantwortungsstruktur in den stadtbremischen Überseehäfen verweigert: Das historisch gewachsene System mag seinerzeit gut begründet und in der Praxis eingespielt sein. Transparent und nachvollziehbar ist es jedoch nicht. Deswegen lässt sich auch kaum beurteilen, ob es – beispielsweise im Hinblick auf das dort anfallende Gewerbesteueraufkommen sowie die Unterhaltungs- und Investitionskosten für die öffentliche Hand – noch fair und zeitgemäß ist. Immer wieder kommt es, z.B. bei der Aufstellung gebietsübergreifender Bebauungspläne und der Durchführung von Hafeninvestitionen bzw. Kompensationsmaßnahmen, zu Verzögerungen im Verfahren, weil Zuständigkeiten unklar bzw. auf mehrere Schultern verteilt sind. Die CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft hat daher zu Beginn der Legislaturperiode unter der Zielvorstellung „Landeshäfen“ einen Diskussionsprozess aufgegriffen und angestoßen, den sie auch gegen politische Widerstände weiterverfolgen wird.

Wo Bremen von Bremerhaven lernen kann

Auf vielen Feldern zeigt sich die Politik in Bremerhaven agiler als die Politik in Bremen, was sich beispielsweise an der erfolgreichen Gewerbeflächenentwicklung und Wirtschaftsförderung durch die BIS (Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH), an kurzen Genehmigungsverfahren mit festen Ansprechpartnern, an einer modernen polizeilichen Ausstattung zur Kriminalitätsbekämpfung (beispielsweise mit „Tasern“) oder – ganz aktuell in der Coronapandemie – an der schnellen und flächendeckenden Ausstattung der Bremerhavener Schulen mit Luftfiltern und mobilen WLAN-Routern belegen lässt.

Zudem haben die allgegenwärtige Bedeutung des Hafens und der Logistik sowie die Umbrüche in der der Wirtschaftsstruktur der Seestadt in den vergangenen Jahrzehnten in Bremerhaven ein – auch über Parteigrenzen – stark ausgeprägtes Bewusstsein dafür geschaffen, wie wichtig Wirtschaftskraft, Arbeits- und Ausbildungsplätze, Veränderungs-

bereitschaft und Zukunftsinvestitionen sind. Der politische Konsens innerhalb der Stadtgesellschaft Bremerhavens über gemeinsam getragene Ziele, notwendige Schwerpunktsetzungen, Strategien und Maßnahmen ist dabei häufig breiter und belastbarer als derjenige in der Stadtgemeinde Bremen. Ein Beispiel dafür ist die für den Hafenstandort Bremen dringend notwendige Vertiefung der Außenweser, die insbesondere von den stadtbremer Grünen immer wieder in Frage gestellt bzw. sogar von deren Senatsmitgliedern im Bundesrat aktiv hintertrieben wird, wie die Diskussion um die Aufnahme des Vorhabens in das Planungsbeschleunigungsgesetz (genauer: Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz) des Bundes über den Jahreswechsel 2019/2020 eindrücklich gezeigt hat. Auch heute besteht innerhalb des rot-grün-roten Senats keine Einigkeit darüber, ob der Neustart des Verfahrens zum Ausbau der Außenweser per Maßnahmengesetz unterstützt wird oder nicht. Ein derartiges Verhalten ist nicht nur im Hinblick auf die hafenpolitischen Notwendigkeiten, sondern auch auf die wirtschaftlichen Interessen Bremerhavens kontraproduktiv und standortschädlich und wird von der CDU Bremen nicht toleriert.

Während in Bremen zu vielen Themen noch runde Tische, Arbeitsgruppen und Staatsrätenlenkungsgruppen tagen, Prüfaufträge vergeben, Masterpläne geschrieben und mehrstufige Beteiligungsverfahren durchgeführt werden, befindet sich Bremerhaven schon auf dem Weg der Umsetzung. Während sich die BIS kontinuierlich um die Bedarfe von Bestandsunternehmen kümmert, aktiv um Unternehmensansiedlungen bemüht, erfolgreich Drittmittel für Förderprojekte einwirbt und ein innovatives Gewerbegebiet unter dem Namen „Lune Delta“ im Süden des Fischereihafens plant und errichtet, erhalten Unternehmen in Bremen von der WFB auf ihr Anliegen häufig keine Antwort, wird die Verlängerung von Erbpachtverträgen aus nicht ersichtlichen Gründen abgelehnt und der Grünschnitt auf erschlossenen, aber noch nicht vermarkteten Gewerbeflächen versäumt, bis diese unter das Bremische Waldgesetz fallen. Die Zwischennutzung von Gewerbegrundstücken in begehrter Lage durch Kulturinitiativen wird durch politisches Dekret in Bremen zur Dauerlösung. Obwohl es ursprünglich schon vor einem Jahr verabschiedet werden sollte, besitzt die Stadt Bremen noch immer kein neues Gewerbeentwicklungsprogramm, dafür aber sich in vielen Punkten widersprechende Positionspapiere aller drei Koalitionspartner zu dem Thema. All dies wäre in Bremerhaven undenkbar.

Mit ihrer Agilität, Flexibilität und ihrem Service-Denken hat die Seestadt allen Grund, selbstbewusst aufzutreten und alle Chancen, im Standortwettbewerb zu punkten, beispielsweise beim Stadt- und Standortmarketing, bei der Ansiedlung neuer Unternehmen, bei der Bewerbung um Förderprojekte des Bundes und der Europäischen Union, bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sowie bei der Ausweisung neuer Wohnflächen zur Einwohnergewinnung, die für die eigene finanzielle Basis nach wie vor von entscheidender Bedeutung ist. Umgekehrt wollen wir als CDU Bremen von Bremerhaven lernen und Erfolgreiches übernehmen, wo es sich auf die Stadt Bremen und das Land übertragen lässt. Das Rad muss – auch innerhalb des Landes Bremen – nicht immer von Neuem erfunden werden.

Bremerhaven beim Strukturwandel weiter unterstützen

Nach dem Wegbrechen der altindustriellen Strukturen (v.a. der Fisch- und Werftindustrie) konnte der Strukturwandel in Bremerhaven unter maßgeblicher Beteiligung der CDU auf Landes- und kommunaler Ebene aktiv und erfolgreich gestaltet werden. Viele Arbeitsplätze sind dadurch neu entstanden oder konnten gesichert werden. Die weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquote der Seestadt von jahresdurchschnittlich 23,7 Prozent im Jahr 2005 konnte so auf 12,2 Prozent im Jahr 2019 halbiert und eine neue wirtschaftliche

Dynamik angeschoben werden (pandemiebedingt stieg die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 geringfügig auf 13,8 Prozent). Die wirtschaftlichen Stärken Bremerhavens liegen heute u.a. in der Lebensmittelverarbeitung, den maritimen Technologien, den erneuerbaren Energien, der Logistikwirtschaft und dem Tourismus, die es weiterzuentwickeln gilt. Handfeste Standortvorteile sind in diesem Zusammenhang günstige Faktor- und Lebenshaltungskosten, spezialisierte Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen, die Lage am seeschifftiefen Wasser, eine gute verkehrliche Anbindung, die sich durch die Küstenautobahn A20 weiter verbessern wird, eine agile Wirtschaftsförderung, eine bürger- und unternehmensfreundliche Stadtverwaltung sowie eine gute Vernetzung der Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Dennoch ist der Transformationsprozess noch nicht abgeschlossen. Die Arbeitslosenquote liegt in Bremerhaven noch immer rd. 3 Prozentpunkte über der in der Stadt Bremen und rd. 8 Prozentpunkte über der im Bund; die Wirtschafts- und Finanzkraft ist – letztere v.a. auch wegen der hohen Einpendlerquote aus dem niedersächsischen Umland – noch immer unterdurchschnittlich. Der Einbruch der mit erheblichen öffentlichen Fördermitteln aufgebauten industriellen Produktion im Innovationscluster Windenergie durch die Unternehmensinsolvenzen und -schließungen im Zeitraum 2015-2019 war ein herber Rückschlag. Unternehmerische Fehleinschätzungen waren dafür ebenso ursächlich wie der „Fadenriss“ beim Ausbau der Offshore-Windkraft auf Bundesebene sowie das Versagen der damaligen rot-grünen Koalition beim Bau des OTB, der bei einem rechtzeitigen Markteintritt als „game changer“ gewirkt hätte. Es gilt nun aber nach vorne zu schauen, und Bremerhaven neben der Windkraft als Standort für die Erforschung, Entwicklung und den Einsatz von Wasserstoffanwendungen sowie für die Wasserstoffproduktion und -logistik zu profilieren.

Hafenstandorte wie Bremerhaven bieten sich dafür in besonderer Weise an, denn der größte Teil des gemäß der Nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung prognostizierten Wasserstoffbedarfs von mindestens 90 TWh im Jahr 2030 wird durch Importe von im Ausland produziertem „grünem“ Wasserstoff (z.B. per Schiff oder per Pipeline) gedeckt werden müssen. Doch auch für die Produktion von grünem Wasserstoff durch Elektrolyse vor Ort ist Bremerhaven prädestiniert. Der dafür notwendige grüne Strom aus Offshore-Windanlagen kann hier angelandet oder vor Ort selbst produziert werden. Zudem ist mit dem Hafen sowie dem geplanten nachhaltigen Gewerbe- und Industriegebiet „Lune Delta“, dessen Erschließung wir aus GRW-Mitteln weiter unterstützen wollen, die Nähe zu Logistik- und Industriegebieten gegeben, in denen sich potenzielle Abnehmer für Wasserstoff oder dessen Derivate (z.B. E-Fuels) befinden.

Die CDU Bremen unterstützt daher nachdrücklich die bereits initiierten Projekte „Hyways for Future“, „Wasserstoff – Grünes Gas für Bremerhaven“, „Geschäftsstelle Wasserstoffwirtschaft Land Bremen“, „Regionalmanagement Wasserstoff bei der BIS“ sowie „Testregion für mobile Wasserstoffanwendungen“. Die geplante Errichtung einer öffentlichen Wasserstofftankstelle sowie die Anschaffung von sieben Brennstoffzellenbussen durch BremerhavenBus fügt sich hier hervorragend ein. Wir bedauern, dass das von bremenports und der BIS entwickelte Verbundvorhaben „H2Bx.MariTransGate“ bislang keinen Eingang in die vom BMWi und BMVI an die EU-Kommission gemeldete Liste von Wasserstoff-Großprojekten für eine Förderung als „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI) gefunden hat, wollen die darin enthaltenen Ansätze zur Entwicklung Bremerhavens als CO₂-neutralem Hafenstandort sowie zum Markthochlauf von Wasserstofftechnologien aber dennoch weiterverfolgen. Der Senat ist aufgefordert, die verschiedenen Ansätze, Projekte und Akteure im Land Bremen und im Nordwesten optimal miteinander zu

verzahnen und die für eine Bundes- bzw. EU-Förderung notwendigen Kofinanzierungsmittel des Landes vollumfänglich und rechtzeitig bereitzustellen.

Um den Wissenschaftsstandort Bremerhaven mit seinen national und international renommierten Forschungseinrichtungen wie dem AWI, dem Fraunhofer IWES, dem Thünen-Institut für Seefischerei und Fischereiökologie, dem DLR-Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen sowie der Hochschule Bremerhaven weiter zu stärken, wollen wir letztere bis zum Jahr 2035 auf 5.000 Studierende ausbauen. Zur Realisierung der dafür notwendigen Ausbau- und Personalmaßnahmen ist der rot-grün-rote Senat aufgefordert, die im Wissenschaftsplan 2025 niedergelegten Ziele tatsächlich auszufinanzieren. In der bisherigen Haushalts- und Finanzplanung ist dies nicht der Fall.

Darüber hinaus wollen wir den Tourismusstandort Bremerhaven weiter stärken. Dafür müssen das touristische Marketing – auch des Landes – intensiviert und die touristischen Highlights in Bremerhaven kontinuierlich attraktiviert werden. Ein wichtiges Element dafür ist der bereits im Dezember 2018 von Senat beschlossene Neubau eines neuen Ausstellungsbereichs „Extremwetter“ im Klimahaus[®], dessen Finanzierung – überwiegend aus GRW-Mitteln – in der Haushalts- und Finanzplanung sichergestellt werden muss. Die Kreuzfahrtbranche sieht sich durch die Coronapandemie sowie eine wachsende Sensibilität im Hinblick auf ihre Klimabilanz derzeit großen Herausforderungen gegenüber. Dennoch glauben wir mittelfristig an ein erneutes Wachstum der Branche sowie an technologische Innovationen für saubere Schiffe. Bremerhaven hat vom Kreuzfahrtboom der letzten Jahre stark profitiert. Daran wollen wir anschließen und dies u.a. durch öffentliche Investitionen in den Rück- und Neubau des Columbusbahnhofs als neuen, attraktiven Eingangsbereich zum Kreuzfahrtterminal sowie in den Bau von Anlagen zur Landstromversorgung von Seeschiffen unterstützen, deren Nutzung unter bestimmten Umständen für bestimmte Schiffstypen verpflichtend gemacht werden muss.

Die Havarie der Großen Drehbrücke im Bereich der Nordschleuse am 1. April 2021, die einen Totalschaden zur Folge hatte, zeigte exemplarisch, wie wichtig ein kontinuierliches Monitoring sowie regelmäßige Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an den Hafenanlagen sind. Der Ausfall der Brücke hat für die Unternehmen auf der Columbusinsel weitreichende Konsequenzen, die im schlimmsten Fall bis zur Geschäftsaufgabe bzw. zur Standortverlagerung führen können, weil sie für den Schienenverkehr nicht mehr und für den Schwerlastverkehr nur noch eingeschränkt erreichbar sind. Auch wenn für die Havarie selbst niemand ein Vorwurf zu machen ist, war bereits seit vielen Jahren bekannt, dass die Drehbrücke das Ende ihrer normalen Nutzungsdauer überschritten hat. Es ist daher unverantwortlich, dass vom Häfenressort nicht längst erste Untersuchungen und Planungen für einen Neubau in Auftrag gegeben wurden, zumal die CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft dies im Zuge vergangener Haushaltsberatungen immer wieder thematisiert hat. Es gilt jetzt, die Planungen für einen Neubau unter Hochdruck weiterzuvorführen und schnell eine provisorische, für alle Beteiligten akzeptable Lösung zu finden. Unabhängig davon erneuern wir als CDU Bremen unsere Forderung nach einem langfristigen Sanierungskonzept für die Häfen.

Doch auch über die infrastrukturellen Voraussetzungen hinaus – die Fahrrinnenanpassung der Außenweser gehört für uns unabdingbar dazu – müssen die bremischen Häfen ihre preisliche und organisatorische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Konkurrenz in Belgien, den Niederlanden und Polen verbessern, um nicht – wie seit nunmehr acht Jahren in Folge – weitere Marktanteile zu verlieren. Die Digitalisierung von Hafenprozessen, Flexibilität und Sozialpartnerschaft, standortübergreifende Kooperationen sowie klare

Zuständigkeiten auf Seiten von Behörden und Unternehmen spielen dafür eine wichtige Rolle.